



An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 30. September 2015

Medienmitteilung

Staatsvoranschlag 2016 Haushaltsgleichgewicht stark unter Druck

Nachdem sich die Finanzlage mit dem Sparprogramm 2013 einigermaßen beruhigt hatte, ist das Budgetdefizit 2016 aus verschiedenen Gründen wieder angestiegen. Hauptgrund ist die Ablehnung der mit dem neuen Schulgesetz geplanten Steuerverlagerung, die eine erhebliche Kostenüberwälzung auf den Staat zur Folge hatte. Es mussten auf allen Ebenen einschneidende Massnahmen getroffen werden, um ein anfängliches Budgetdefizit von über 150 Millionen Franken abzubauen. Die Erfolgsrechnung konnte letztlich nur mit einem Rückgriff auf das nicht zweckgebundene Eigenkapital ausgeglichen werden. Das bestehende strukturelle Ungleichgewicht der Kantonsfinanzen bestätigt, dass es neue Massnahmen braucht, um die Finanzen nachhaltig ins Lot zu bringen.

1. Gesamtergebnisse: Grundprinzipien eingehalten

Der Voranschlagsentwurf 2016 weist folgende Hauptergebnisse aus:

- > Ertragsüberschuss von 0,5 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung, in Einhaltung des verfassungsmässigen Grundsatzes des Haushaltsgleichgewichts;
- > Nettoinvestitionsvolumen von 129,6 Millionen Franken, geringer als im Voranschlag 2015 (139,2 Millionen Franken);
- > Selbstfinanzierungsgrad von 69,3 %, unter der «Mindestnorm» von 80 %;
- > Gesamtfinanzierungsfehlbetrag von 39,8 Millionen Franken, höher als im Voranschlag 2015 (27,2 Millionen Franken);
- > Subventionsquote «kantonale Subventionen / kantonales Steueraufkommen» von 38,2 %, die unter der gesetzlichen Obergrenze von 41 % liegt.

Nachdem die ursprünglichen Budgetschätzungen der Verwaltungseinheiten um 152,2 Millionen Franken angepasst werden konnten, schliesst die Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von 0,5 Millionen Franken. Erreicht wurde dies zu 50,7 % über Aufwandsenkungen und zu 49,3 % über Mehreinnahmen.

2. Ertragsüberschuss von 0,5 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung

Der laufende Aufwand und Ertrag haben sich seit dem letzten Voranschlag geringfügig, aber gleichläufig wie folgt verändert:

Erfolgsrechnung	Voranschlags-entwurf 2016	Voranschlag 2015		Veränderung 2015- 2016
		Mio.	Mio.	
Ertrag	3 325,2	3 258,6	+ 66,6	+ 2,0
Aufwand	3 324,7	3 258,4	+ 66,3	+ 2,0
Ertragsüberschuss	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	.

3. Höhere Zunahme bei den Eigenmitteln als bei der Fremdfinanzierung

Nach Sachgruppen entwickeln sich die verschiedenen Erträge wie folgt:

Ertrag der Erfolgsrechnung	Voranschlags-entwurf 2016	Voranschlag 2015		Veränderung 2015- 2016
		Mio.	Mio.	
Fiskalertrag	1 220,2	1 194,7	+ 25,5	+ 2,1
Vermögenserträge, Entgelte	352,4	349,3	+ 3,1	+ 0,9
Transferertrag (wovon eidg. Finanzausgleich)	1 631,3 (431,4)	1 602,0 (421,0)	+ 29,3	+ 1,8
Spezialfinanzierungen (Fonds und Rückstellungen)	82,9	83,3	- 0,4	- 0,5
Ausserordentlicher Ertrag (Eigenkapitalentnahme)	10,0	-	+ 10,0	.
Interne Verrechnungen	28,4	29,3	- 0,9	- 3,1
Total	3 325,2	3 258,6	+ 66,6	+ 2,0

Die Erhöhung der verfügbaren Mittel zur Finanzierung des Leistungsangebots beruht in erster Linie auf der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere der Steuern der natürlichen Personen.

Die Fremdmittel zeigen 2016 wieder steigende Tendenz, nachdem sie in den letzten Jahren eher stagnierten. Diese Verbesserung konnte übrigens erzielt werden, obwohl im nächsten Jahr mit der Umsetzung des neuen Schulgesetzes ein erheblicher Rückgang der Gemeindebeiträge erwartet wird (Änderung des Verteilschlüssels für die Lohnkostenfinanzierung des Lehrpersonals der Vorschule, Primarschule und Orientierungsschule und vollständige Übernahme des Schulleitungspersonals der obligatorischen Schule durch den Staat). Diese wegfallenden Beiträge konnten nämlich nicht über

eine im Rahmen des neuen Schulgesetzes geplante Steuerverlagerung kompensiert werden, nachdem der Grosse Rat diese abgelehnt hat.

Schliesslich sah sich der Staatsrat zu einer ausserordentlichen Entnahme aus dem nicht zweckgebundenen Eigenkapital gezwungen, um den Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts einzuhalten.

4. Aufwand unter Kontrolle, aber zunehmende von aussen «diktierte» Subventionen

Die Hauptaufwandkategorien des Staates entwickeln sich wie folgt:

Aufwand der Erfolgsrechnung	Voranschlags-entwurf 2016	Voranschlag 2015		Veränderung 2015- 2016
		Mio.	Mio.	
Personalaufwand	1 207,5	1 185,6	+ 21,9	+ 1,8
Sachaufwand	344,9	339,8	+ 5,1	+ 1,5
Transferaufwand	1 591,4	1 539,3	+ 52,1	+ 3,4
Abschreibungsaufwand	110,2	121,8	– 11,6	– 9,5
Finanzaufwand und Spezialfinanzierungen	42,3	42,6	– 0,3	– 0,7
Interne Verrechnungen	28,4	29,3	– 0,9	– 3,1
Total	3 324,7	3 258,4	+ 66,3	+ 2,0

Wie im letzten Jahr konnten mit dem 2013 eingeleiteten Struktur- und Sparmassnahmenprogramm einerseits der steigende Personalaufwand eingedämmt, aber auch die Zunahme der Subventionsausgaben beschränkt werden.

Darüber hinaus musste der Staatsrat einige weitere Restriktionen vorsehen, um den zunehmenden Druck in den verschiedenen Aufwandkategorien bewältigen zu können. So hat er insbesondere die Schaffung neuer Stellen (+ 47,18 VZÄ) strikt auf das Unterrichtswesen beschränkt. Auch beim Transferaufwand sind Beschränkungsmassnahmen getroffen worden. Die Zunahme bei den Subventionen betrifft allerdings zu fast 90 % Bereiche, auf die der Staatsrat kaum oder gar keinen Einfluss nehmen kann (namentlich kantonale Beteiligung am Bahninfrastrukturfonds, Spitalaufenthalte ausserhalb des Kantons, Beiträge für den Besuch ausserkantonaler Bildungsstätten, Zahlungsausstände in der Krankenversicherung). Aus diesem Grund konnte er die Zunahme dieser Ausgaben nicht stärker eindämmen, die letztlich Hauptgrund für die Erhöhung des laufenden Aufwands im Voranschlag 2016 ist.

5. Rückläufiges Investitionsprogramm

Das Investitionsvolumen 2016 ist geringer als 2015:

	Voranschlags- entwurf 2016	Voranschlag 2015	Veränderung	
			Mio.	Mio.
Bruttoinvestitionen	164,5	185,5	– 21,0	– 11,3
Nettoinvestitionen	129,6	139,2	– 9,6	– 6,9

Dieser Rückgang ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Kanton mit der Umsetzung der FABI-Vorlage die Investitionen in den Regionalverkehr ab 2016 neu über einen Beitrag an den Bahninfrastrukturfonds in der Erfolgsrechnung und nicht mehr direkt über Investitionsbeiträge finanziert. Diese Investitionen laufen künftig also über diesen eidgenössischen Fonds.

Ausserdem wird es nach dem Stand gewisser umfangreicher Bauvorhaben ganz sicher zu Kreditübertragungen von 2015 auf 2016 kommen, wie dies schon im Vorjahr der Fall war.

Zu den wichtigsten Investitionen in Sachgüter zählen im Voranschlag 2016 die Bauten der Universität, des Kollegiums des Südens, der Hochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit, das Lager Schwarzsee, das Gebäude des Polizeikommandos, die ALP in Grangeneuve und auch die Strassenbauarbeiten. Dazu kommen die Investitionsbeiträge von Gemeinden oder Dritten in verschiedenen Bereichen in einem Gesamtbetrag von 50,2 Millionen Franken.

6. Fazit

Bei der Budgetaufstellung 2016 hat sich einmal mehr gezeigt, dass die ständig zunehmenden Budgetanträge weit über die verfügbaren finanziellen Mittel hinausgehen. Mit dem Sparprogramm 2013 liess sich das Budgetdefizit vorübergehend eindämmen, ist 2016 aber erneut gestiegen, und zwar insbesondere deshalb, weil die mit der Umsetzung des neuen Schulgesetzes geplante Steuerverlagerung abgelehnt worden ist.

Angesichts dieser Verschlechterung und der Verpflichtung, das verfassungsmässig vorgeschriebene Haushaltsgleichgewicht einzuhalten, blieb dem Staatsrat keine andere Wahl als verschiedene restriktive Massnahmen zu treffen, und zwar insbesondere:

- > Verzicht auf die Schaffung neuer Stellen in der Verwaltung;
- > rigorose Plafonierung des laufenden Betriebsaufwands;
- > streng begrenzte Aufstockung der kantonalen Subventionen;
- > Höhreinschätzung der veranschlagten Einnahmen.

Als letztes Mittel zur Erreichung des ausgeglichenen Haushalts 2016 hat der Staatsrat kurzfristig keine andere Möglichkeit gesehen, als auf das nicht zweckgebundene Eigenkapital zurückzugreifen.

Dieser Rückgriff auf das Eigenkapital ist mittelfristig unbefriedigend, und ausserdem laufen Ende 2016 gewisse Massnahmen des Sparprogramms 2013 aus, insbesondere die Sparmassnahmen, die das Personal betreffen. Der Staatsrat muss sich also bereits jetzt Gedanken darüber machen, neue Mittel und Wege zu finden, um die Kantonsfinanzen nachhaltig ins Lot zu bringen.